

## Gemeinsame Erklärung der Partei- und Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen

Auf Einladung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik weilte eine Delegation des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und der Regierung der Volksrepublik Polen unter Leitung des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees, Wladyslaw Gomulka, und des Vorsitzenden des Ministerrates, Józef Cyrankiewicz, vom 15. bis 19. Oktober 1962 zu einem Freundschaftsbesuch in der Deutschen Demokratischen Republik.

Im Verlaufe des Besuches machte sich die Delegation in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik und einer Reihe industrieller und landwirtschaftlicher Betriebe in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Halle und Gera mit den Erfolgen des sozialistischen Aufbaus und mit den großen Fortschritten auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens in der Deutschen Demokratischen Republik vertraut. Bei den zahlreichen Begegnungen begrüßte die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik die Delegation der brüderlichen Volksrepublik Polen aufs wärmste und herzlichste. Das ist ein weiterer Beweis für die tiefgreifenden Wandlungen, die sich in den deutsch-polnischen Beziehungen auf der Grundlage der gemeinsamen Ideologie, der gemeinsamen Haltung zur Sache des Friedens, der Sicherheit und des Zusammenlebens der Völker vollzogen haben.

Während des Besuches fanden zwischen den beiden Delegationen Verhandlungen statt, an denen teilnahmen von seiten der Deutschen Demokratischen Republik:

Walter Ulbricht, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik;

Willi Stoph, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik;

Bruno Leuschner, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Sozial-